

## **Mitteilungsblatt 29.05.2021**

### **Liberaler Online-Runde diskutierte über Kommunal- und Bundespolitik**

Zu einem Austausch über Kommunal- und Bundespolitik traf sich jüngst der FDP-Ortsverband in einer Liberalen Online-Runde.

Zu aktuellen Themen aus dem Gemeinderat informierte der FDP-Fraktionsvorsitzende Oliver Reisig:

Noch immer spüre die Gemeinde die Nachwirkungen aus dem Bürgerentscheid. Die FDP stehe weiterhin zu ihrem Versprechen, bei der Gestaltung der Erweiterung des Gewerbeparks Ökologie und Ökonomie zu verbinden. Maßgebend wird das Bebauungsverfahren sein, das wohl bald starten werde.

Reisigs zweites Thema betraf einen Bauantrag in der Kreuzgasse. Die FDP will modernes Wohnen im Ortskern ermöglichen, ohne den Charakter des Ortskerns zu beeinträchtigen. Im Rahmen des geltenden Rechts gestalten und ermöglichen statt Bauen mit der Rechtsordnung scheinbar übergeordneten Argumenten überall verbieten, da sind sich alle einig, muss auch vor Ort die Leitlinie liberaler Politik sein.

„Bundespolitische Themen lassen sich oftmals aus kommunalen Themen entwickeln und umgekehrt“, leitete Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier zu einem Impulsreferat von Bundestagskandidat Tim Nusser, über.

Die FDP hat sich in ihrem Programm zu einem sehr ehrgeizigen Klimaziel bekannt. Legt das Pariser Klimaabkommen eine maximale Temperaturerhöhung von 1,5 bis weniger als 2 Grad fest, strebt die FDP nun eine maximale Erhöhung von 1,5 Grad an. Um das zu erzielen, wird eine Ausweitung des Emissionshandels unumgänglich sein. Preiserhöhungen sollen durch einen Sozialausgleich, die Klimadividende, abgedeckt werden.

Generationengerechtigkeit und das Thema Altersversorgung waren angesichts der Tatsache, dass mit Johannes Vogel nun ein Sozialexperte stellvertretender Bundesvorsitzender ist, ein weiteres Thema. Die gesetzliche Rentenversicherung muss bereits jetzt mit mehreren Milliarden Euro im Jahr aus dem Bundeshaushalt bezuschusst werden. Auf Dauer ist das aktuelle System so nicht mehr tragfähig. Die FDP will deshalb mit einer gesetzlichen Aktienrente als Teil der ersten Säule der Altersvorsorge gegensteuern und das Rentensystem stabilisieren. Jeder Versicherte soll z.B. 2 Prozent des eigenen Bruttoeinkommens verpflichtend in die gesetzliche Aktienrente einzahlen. Die gesetzliche und verpflichtende erste Säule des Rentensystems besteht damit künftig aus zwei Elementen. Wie bisher auch werden sozialversicherungspflichtige Entgelte für die Altersvorsorge aufgewendet. Neu wäre, dass neben dem deutlich größeren Teil, der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, ein kleiner Teil von zum Beispiel 2 Prozent in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge – die gesetzliche Aktienrente – fließt.

Die Runde war sich einig, dass die Beteiligung an Unternehmen, hinter denen Sachwerte stehen, gerade in Krisenzeiten hilfreich sein kann und auch ein Stück weit Schutz vor Kapital- und Know-How-Abfluss ins Ausland bietet. Dabei ist ein zentraler Aspekt, dass neben einer staatlichen Rentenlösung immer auch an eine private Altersvorsorge zu denken ist. Eine private „Aktienrente“ wird befürwortet.

Weitere Themen waren schließlich der öffentliche Rundfunk sowie Gesundheitsthemen unter strukturellen Aspekten. Den öffentlichen Rundfunk will die FDP einer Auftrags- und Strukturreform unterziehen, um die Gefahr, dass der Staat Inhalte vorgibt, zu verringern. Rundfunkgebühren, die die FDP senken will, werden durch den Staat in Form einer Zwangsabgabe eingezogen.

Zu all diesen Themen wird es im Bundestagswahlkampf noch Veranstaltungen geben.